



# Föderation der West-Thrakien Türken in Europa Newsletter

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations  
Member of the Fundamental Rights Platform (FRP) of the European Union Agency for Fundamental Rights  
Member of the Federal Union of European Nationalities (FUEN)

Nr. 21 | März 2022 | Jahr 17

## Arbeitsbesuch von ABTTF in Athen und Thessaloniki



Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) war vom 28. Februar-1. März 2022 zu einem Arbeitsbesuch in Athen, der Hauptstadt Griechenlands, und in Thessaloniki. Im Rahmen des Arbeitsbesuchs führte der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu in Begleitung von Nihan Ayan vom Athener Büro von ABTTF eine Reihe von Gesprächen für ei-

nen offenen und konstruktiven Dialog.

---

Während der Gespräche wurde über die Probleme und Verletzungen von Rechten der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien berichtet und Meinungen über die aktuellen Entwicklungen in Griechenland ausgetauscht

---

### INHALT

Arbeitsbesuch von ABTTF in Athen und Thessaloniki  
**Seiten 1-2**



Die Situation und Probleme der muslimischen Gemeinde in Griechenland wurden in dem von ABTTF organisierten Programm mit dem Titel „Fakten über unser Land“ besprochen  
**Seite 2**



Wir wollen, dass unsere Stimme gehört wird!  
**Seite 3**



ABTTF nahm am internationalen Seminar „Menschenrechtsverletzungen gegen Muslime“ teil  
**Seite 4**



Delegation der West-Thrakien Türken beim UN-Forum für Minderheitenfragen  
**Seite 5**



In Programm mit dem Titel „Fakten über unser Land“ wurden die Probleme der mazedonischen Minderheit in Griechenland besprochen  
**Seite 6**



Abschlussbericht des Ausschusses für die Entwicklung Thrakiens ist für die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien enttäuschend  
**Seite 7**



Investitionszuschüsse, die das neue Entwicklungsgesetz vorsieht, müssen gerecht verteilt werden!  
**Seite 8**



Anschlag mit einem improvisierten Sprengsatz auf eine Masjid in Athen  
**Seite 9**



Ein weiterer einseitiger Bericht des Ministeriums für Bildung und religiöse Angelegenheiten!  
**Seite 10**



Die Regierenden Griechenlands ignorieren weiterhin die Rechtsverletzungen, denen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien seit Jahren ausgesetzt ist  
**Seite 11**



Wegen Durchführung einer Kundgebung wurden Ermittlungen gegen die Türkische Union von Xanthi eingeleitet!  
**Seite 12**



Am Montag, den 28. Februar traf sich die ABTTF-Delegation mit Petros Konstantinou, Präsident der Vereinigten Bewegung gegen Rassismus und faschistische Bedrohung (KEERFA), Panayote Dimitras, Sprecher des Griechischen Helsinki Monitors (GHM) und Vorstandsmitglied des Europäischen Netzwerks für Umsetzung (EIN), Theodoros Tsikas, Politikwissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen, und Naim Elg-

handour, Präsident der Muslimischen Vereinigung Griechenlands, in Athen, die die Hauptadresse für die Lösung der Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien ist.

Am Dienstag, den 1. März reiste die ABTTF-Delegation nach Thessaloniki und traf sich dort mit Prof. Konstantinos Tsitselikis, Vorstandsmitglied der Hellenischen Liga für Menschenrechte (HLHR).

Während der Treffen wurden die Probleme und Verletzungen von Rechten der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien besprochen, Meinungen über die Diskriminierung von Muslimen und besonders schutzbedürftigen Gruppen in Griechenland sowie Lösungsvorschläge ausgetauscht und die aktuellen Entwicklungen im Lande diskutiert.

## Die Situation und Probleme der muslimischen Gemeinde in Griechenland wurden in dem von ABTTF organisierten Programm mit dem Titel „Fakten über unser Land“ besprochen

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) startete am 10. Dezember 2021 ihre Online-Programmreihe mit dem Titel „Fakten über unser Land“.

Anna Stamou, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei der Muslimischen Vereinigung Griechenlands, war Gast des ersten anlässlich des Internationalen Menschenrechtstages organisierten Programms, das live übertragen wurde. Stamou beantwortete die Fragen, die von Nihan Ayan vom Athener Büro von ABTTF gestellt wurden.

Stamou sagte, dass es in Griechenland zwei verschiedene muslimische Gemeinden gibt, und zwar die muslimisch-türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, die einen Sonderstatus hat, und die griechenlandweite muslimische Gemeinde mit ca. 500.000 Angehörigen. Stamou fügte hinzu, dass in Griechenland etwa 80.000 muslimische Migranten und Flüchtlinge leben.

Auf die Frage nach dem wichtigsten Problem der Muslime in Griechenland antwortete Stamou, dass sich die Muslimische Vereinigung Griechenlands als eine Nichtregierungsorganisation seit vielen Jahren für die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz einsetzt, ungeachtet deren Religion, und dass dies ein langwieriger und schwieriger Prozess ist, und fügte hinzu, dass das Fehlen gleicher Gesetze für alle im Land das wichtigste Problem ist.

Stamou stellte fest, dass Islamophobie ein neues seit kurzem angewendetes Phänomen in Griechenland ist, das den neuen Ansatz des griechischen Staats gegenüber den Muslimen im hierzulande darstellt, und fügte hinzu, dass sie nicht nur auf der Ebene der Zivilgesellschaft, sondern unter allen politischen Parteien eine Einigung fordern, um gemeinsam reden zu können, weil Rassismus und



Hasreden nicht nur schutzbedürftigen Menschen, sondern der kompletten Gesellschaft schaden und niemandem nützen.

Facts about our Country  
PROGRAMME SERIES

10 December  
Human Rights Day  
Special Guest  
Anna Stamou

10 December 2021  
15:00 (GMT +2)  
Zoom Meeting  
ABTTF (Live)  
ABTTF (Live)  
Greek / English

Auf die Frage, ob eine Moschee mit einer Kapazität von 350 Personen ohne Kuppel und Minarett, die nach 14 Jahren intensiver Bemühungen der muslimischen Gemeinde in Athen aus einem alten vorfabrizierten Hangar umgebaut wurde, ausreiche, antwortete Stamou, dass sie dieses Gebäude nicht als eine echte Moschee betrachten kann, weil es hierbei um ein Gebäude handelt, das nicht die charakteristischen architektonischen Merkmale haben, die die Moscheen normalerweise aufweisen, und fügte hinzu, dass dies ein Beispiel ist, das den Stan-

dpunkt des Staates gegenüber der muslimischen Gemeinde im Lande darstellt.

In Bezug auf das Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts Griechenlands, das das betäubungslose Schlachten von Tieren verbietet, und die muslimische sowie die jüdische Gemeinde hierzulande unmittelbar betrifft, erklärte Stamou, dass es sich hierbei um ein Urteil handelt, das die Religionsfreiheit einschränkt, und fügte hinzu, dass sie nicht verstehen kann, was mit so einem Urteil bezweckt wird.

Zum Schluss betonte Stamou, dass das Hauptproblem darin besteht, die Muslime hierzulande nicht vollständig in die Gesellschaft integriert werden, und stellte fest, dass die große Mehrheit der politischen Akteure des Landes diese Realität leider weiterhin ignorieren.

Die komplette Aufzeichnung des auf der Zoom-Plattform stattgefundenen und gleichzeitig live auf YouTube-Kanal und Facebook-Seite von ABTTF übertragenen Programms ist in englischer und griechischer Sprache unter den folgenden Links verfügbar:

Englisches Video auf YouTube: [https://www.youtube.com/watch?v=8\\_3WL-XTDvY](https://www.youtube.com/watch?v=8_3WL-XTDvY)

Griechisches Video auf YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=dcgQqj3kA-eY&t=153s>

Englisches Video auf Facebook: <https://www.facebook.com/939989616164959/videos/200823965502832>

Griechisches Video auf Facebook: <https://www.facebook.com/939989616164959/videos/2015909678585453>

# Wir wollen, dass unsere Stimme gehört wird!

Liebe Leserinnen und Leser,

während wir uns über das Ende der Pandemie nach fast zwei Jahren freuen, waren wir schockiert, als am 24. Februar die Invasion der Ukraine durch Russland begann.

Seitdem stehen die russische Invasion und der hässliche Krieg in der Ukraine ganz oben auf der Agenda Europas.

1500 km von Deutschland und 1277 km von Griechenland entfernt findet der Krieg mit seiner ganzen bitteren Realität statt.

Die Invasion Russlands in der Ukraine bedroht ganz Europa, und voller Erstaunen beobachten wir diesen Krieg, der eine offene Bedrohung für die Souveränität der Ukraine darstellt.

Wir sehen den Kampf eines Landes um seine Unabhängigkeit.

Natürlich ist die Invasion der Ukraine durch Russland das wichtigste Tagesordnungsthema für die gesamte internationale Gemeinschaft.

Wir machen uns Sorgen um das ukrainische Volk und unsere in der Ukraine lebenden Freunde.

Wir machen uns Sorgen um den nationalen Anführer der Krimtataren und den Abgeordneten im ukrainischen Parlament, Mustafa Abdulschemil Dschemiljew, und seine MitkämpferInnen sowie unsere Freunde und Freundinnen aus anderen Minderheiten in der Ukraine, die wir durch die FUEN kennen.

Wir sind zutiefst besorgt über die humanitäre Krise in der Ukraine im 21. Jahrhundert.

In einer Situation, in der der Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu befürchten ist, schickten die Männer in der Ukraine ihre Frauen und Kinder zu ihrer Sicherheit in die Nachbarländer.

Und die Männer blieben in der Ukraine, um ihr Land zu verteidigen.

Die Tage vergehen mit der Sorge, dass

eine urbane Kriegsführung beginnen könnte, und die ganze Welt erlebt unruhige Tage.

Während der Krieg in Europa andauert, geht das Leben natürlich auch weiter.

Als die West-Thrakien Türken führen wir unseren Kampf für Demokratie und Menschenrechte in unserem Land weiter.

Sieben Monate nach einer Kundgebung am 10. Juli 2021, die die Türkische Union von Xanthi organisierte, nachdem der Oberste Gerichtshof am 29. Juni 2021 ihren Berufungsantrag abgewiesen hatte, wurden Ermittlungen darüber eingeleitet. Ja, sie haben richtig gelesen, sieben Monate nach der Kundgebung!

Einer der Gründe, die bei der Einleitung der Ermittlungen angeführt wurden, war die angebliche Nichteinhaltung der Pandemieregeln und -beschränkungen bei der Kundgebung!

Als ich letzte Woche Athen besuchte, sind trotz der Covid-19-Pandemie Tausende von Menschen dort auf die Straße gegangen, um gegen den Krieg in der Ukraine zu protestieren.

Außerdem fand am Sonntag, den 6. März die Parade des Xanthi-Karnevals statt, der vom 19. Februar bis zum 6. März organisiert wird.

Aber wenn es um uns geht, wird sieben Monate nach einer Kundgebung, die wir unter Einhaltung aller Regeln durchgeführt haben, Ermittlungen eingeleitet.

Es fehlt hier an jeden Verstand und jede Logik!

Wenn es um uns geht, funktioniert natürlich weder der rationale Verstand noch die Logik!

Der eigentliche Zweck ist, uns Angst einzujagen und einzuschüchtern!

Aber das ist nicht möglich!

Wir werden unseren eigenen Kampf fortsetzen.



Wir waren zu Arbeitsbesuchen in Athen und Thessaloniki und führten eine Reihe von Gesprächen.

Danach reiste ich nach Komotini, wo ich auch einige Treffen hatte.

Wir haben schnell ins neue Jahr gestartet, und es geht ziemlich schnell weiter.

Der Monat März ist schon da und wenn wir uns unseren Arbeitsplan für 2022 anschauen, sieht es so aus, dass dieses Jahr ziemlich dynamisch und intensiv sein wird.

Denn wir wollen, dass unsere Stimme gehört wird, und die Regierenden unseres Landes davon überzeugen, Lösungen für unsere Probleme zu finden!

Alle unsere Anstrengungen sind darauf gerichtet!

Mit herzlichen Grüßen

Halit Habip Oğlu  
ABTTF Präsident

# ABTTF nahm am internationalen Seminar „Menschenrechtsverletzungen gegen Muslime“ teil

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) nahm an dem internationalen Seminar mit dem Titel „Menschenrechtsverletzungen gegen Muslime“ teil, das am 16. Und 17. Februar 2022 in Zusammenarbeit zwischen dem Außen- und Justizministerium der Republik Türkei und des Unabhängigen Ständigen Ausschuss für Menschenrechte (IPHRC) der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Istanbul organisiert wurde.

ABTTF Präsident Halit Habip Oğlu und ABTTF Direktorin für internationale Angelegenheiten Melek Kırmacı Arık nahmen an dem Seminar teil, bei dem Menschenrechtsverletzungen gegen Muslime in Europa, Asien und Palästina und Vorschläge für Lösungsansätze diesbezüglich diskutiert wurden. An dem Seminar nahmen die Vertreter der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien nahmen mit einer großen Delegation teil.

## Während des Seminars wurden die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien zur Sprache gebracht

Der stellvertretende Justizminister der Republik Türkei, Yakup Moğul, der eine Begrüßungsrede bei der Eröffnung des Seminars hielt, sowie der Präsident der Großen Nationalversammlung der Türkei, Mustafa Şentop, und der Außenminister der Türkei, Mevlüt Çavuşoğlu, die sich per Videobotschaften an die TeilnehmerInnen wandten, verwiesen auf die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien und stellten fest, dass der türkischen Gemeinschaft grundlegende Menschenrechte verwehrt werden.

İbrahim Şerif, Präsident des Beratenden Ausschusses der türkischen Minderheit von West-Thrakien (BTTADK) und gewählter Mufti von Rodopi, sagte bei der ersten Podiumsdiskussion zur Situation der Muslime in Europa, dass der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, die mit dem Friedensvertrag von Lausanne von 1923 Griechenland überlassen wurde, Bildung



gs- und Religionsautonomie gewährt wurde, aber ihr diese Autonomie im Laufe der Jahre entzogen wurde. Şerif erklärte, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien heute ihre eigenen Muftis nicht wählen darf, und fügte hinzu, dass der griechische Staat die Muftis ohne vorherige Zustimmung der türkischen Gemeinschaft ernannt.

Nach den Reden meldeten sich ABTTF und der Akademikerverband der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD), die die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien bei dem Seminar vertraten, zum Wort. ABTTF erklärte,

dass es in Griechenland eine institutionelle und bestehende Diskriminierung gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in der etablierten Politik und den Medien gibt. BTAYTD wies darauf hin, dass die türkische und die muslimische Identität für die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien untrennbar sind, und fügte hinzu, dass die Muftis, die als Vorkämpfer diese beiden Identitäten verkörpern, zur Zielscheibe gemacht werden. Bei der zweiten Podiumsdiskussion des Seminars wurde die Situation der Muslime in Asien und bei der dritten und letzten Podiumsdiskussion die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten behandelt.

Das zweitägige Seminar, an dem die OIC-Beamten, IPHRC-Mitglieder, Mitglieder des diplomatischen Korps, Experten, Akademiker und Vertreter der Zivilgesellschaft teilnahmen, endete mit den Schlussbemerkungen.

## Delegation der West-Thrakien Türken beim UN-Forum für Minderheitenfragen

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) und die Vereinigung der Universitätsabsolventen der Minderheit von West-Thrakien (BTAYTD), die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien vertretend, nahmen am 2. und 3. Dezember 2021 an der im Hybrid-Format stattgefundenen 14. Sitzung des Forums für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen (UN) mit dem Titel „Konfliktverhütung und Schutz der Menschenrechte von Minderheiten“ teil.

An dem Forum nahmen Melek Kirmacı Arık, Direktorin für internationale Angelegenheiten von ABTTF, und Kerem Abdurahimoğlu, Menschenrechtsexperte von BTAYTD, teil. Der UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen Prof. Fernand de Varennes war der Gastgeber des Forums, bei dem ca. 200 TeilnehmerInnen online anwesend waren.

Das Forum begann mit den Eröffnungsreden der Präsidentin des UN-Menschenrechtsrats Nazhat Shameem Khan, des UN-Sonderberichterstatters für Minderheitenfragen Prof. Fernand de Varennes und der Forumsvorsitzende Victoria Donda. In seiner Rede wies der Son-



derberichterstatter Varennes darauf hin, dass sich die Konflikte in den letzten Jahren weltweit verdreifacht haben, und unterstrich die Bedeutung des Schutzes der Rechte von Minderheiten, um Konflikte in multikulturellen und multiethnischen Gemeinschaften zu verhüten.



Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE Kairat Abdrakhmanov, die Sonderberaterin des UN-Generalsekretärs für die Verhütung von Völkermord Alice Nderitu und Nassima Baghli von der Organisation für Islamische Zusammenarbeit nahmen an der hochrangigen Sitzung des Forums teil.

Während der vier thematischen Sitzungen des zweitägigen Forums wurden die Rolle von Staaten, internationalen Organisationen, Zivilgesellschaft und Minderheiten bei der frühzeitigen Bekämpfung der Ursachen von Konflikten; das Vorhandensein verschiedener Mechanismen zur frühzeitigen Konfliktverhütung auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene; die praktischen Lösungen für die Verhütung gewaltsamer Konflikte mit Beteiligung von Minderheiten und die Rolle der UN-Organen bei der Konfliktverhütung diskutiert.

Bei dem Forum ergriff die Ständige Vertretung Griechenlands beim UN-Büro in Genf das Wort und behauptete, dass Griechenland all seinen Verpflichtungen aus den internationalen Verträgen gegenüber der muslimischen Minderheit in (West-)Thrakien nachkommt.

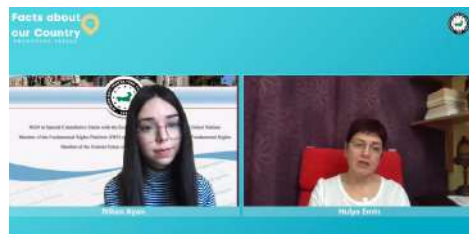
## In dem Programm mit dem Titel „Fakten über unser Land“ wurde der juristische Kampf des Kulturvereins türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi diskutiert, der seit 21 Jahren auf eine Eintragung wartet

Am 10. Februar 2022 fand die vierte Folge der von der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) auf der Zoom-Plattform organisierten Online-Programmreihe mit dem Titel „Fakten über unser Land“ statt.

Hülya Emin, Präsidentin des Kulturvereins türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi, der trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) gegen Griechenland noch immer nicht von den nationalen Gerichten eingetragen wurde, Gast des vierten Programms. Emin beantwortete die von Nihan Ayan vom ABTTF-Athener Büro gestellten Fragen über das seit 21 Jahren andauernde Gerichtsverfahren vor den nationalen Gerichten und dem EGMR bezüglich der Nichteintragung des Vereins.

Emin wies darauf hin, dass das Ziel des am 21. März 2001 gegründeten Kulturvereins türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi darin besteht, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien angehörenden Frauen unter dem Dach kultureller Tätigkeiten zu organisieren und denen bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen.

Emin sagte, dass der Antrag des Vereins auf offizielle Eintragung von den nationalen



Gerichten wegen des Wortes „Türkisch“ in seinem Namen abgelehnt wurde, und fügte hinzu, dass nach dem endgültigen negativen Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 1. April 2003 alle innerstaatlichen Rechtsbehelfe ausgeschöpft wurden und sie sich dann 2005 an den EGMR wandten. Emin führte aus, dass der EGMR 2008 Griechenland wegen der Verletzung des Artikels 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention in Bezug auf die Vereinigungsfreiheit verurteilte und zugunsten des Vereins entschied, aber Griechenland dieses Urteil seit 14 Jahren noch immer nicht vollstreckte.

Emin sagte, dass am 1. Oktober 2021 die Anhörung über die Berufungsanträge ihres Vereins und des Jugendvereins der Minderheit in der Präfektur Evros in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere, deren Eintragungsantrag auch abgelehnt wurde,

vor dem Obersten Gerichtshof stattfand, und fügte hinzu, dass weil im Juni 2021 im Fall der Türkischen Union von Xanthi (XTU) ein negatives Urteil fällte und dieses einen Präzedenzfall für die beiden anderen Vereine darstellt, sie erwarten, dass der Oberste Gerichtshof auch in ihrem Fall ein negatives Urteil fällen wird.

Emin sagte, dass es wichtig ist, dass das Ministerkomitee des Europarates die Fallgruppe Bekir-Ousta und andere in Bezug auf die Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien genau verfolgt und Ermahnungen gegen Griechenland ausspricht. Weil die anhaltende Nichtvollstreckung der EGMR-Urteile EGMR in dieser Fallgruppe nicht nur Griechenland betrifft, sondern eine Situation darstellt, die der europäischen Demokratie insgesamt schadet. Emin wies darauf hin, dass die wirksame und vollständige Vollstreckung der besagten EGMR-Urteile auch für das europäische Menschenrechtssystem im Hinblick auf Verpflichtungen bezüglich der Minderheitenrechte von größter Bedeutung ist, und fügte hinzu, dass sie der Meinung ist, dass nach 14 Jahren Gerichtsverfahren das Ministerkomitee des Europarates jetzt das Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland einleiten sollte.

Emin betonte, dass es tragisch ist, dass ihr Verein, der Frauenrechte verteidigt und Kultur in den Vordergrund rückt, trotz des EGMR-Urteils seit 21 Jahren von nationalen Gerichten nicht eingetragen wurde und fügte hinzu, dass dies ein großer Verlust für die in West-Thrakien lebenden Frauen der türkischen Gemeinschaft ist. Emin unterstrich, dass die Frauen in West-Thrakien, einer der rückständigsten Regionen der Europäischen Union in Bezug auf Frauenrechte, zusätzliche Unterstützung benötigen.

Abschließend sagte Emin, dass sie als Frauen der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien Gleichheit, Toleranz und Respekt von ihrem Land Griechenland fordern und fügte hinzu, dass die Realität in West-Thrakien keine Bedrohung, sondern ein kultureller Reichtum ist und sie weder durch politischen Druck noch durch negative Urteile der nationalen Gerichte verändert werden können, und dass sie eine respektvolle Anerkennung dieser Unterschiede wünschen.

Die komplette Aufzeichnung des Programms, das gleichzeitig live auf YouTube-Kanal und Facebook-Seite von ABTTF übertragen wurde, ist in türkischer und englischer Sprache unter den folgenden Links verfügbar:

Türkisches Video auf YouTube: [https://www.youtube.com/watch?v=AnPr7yx1\\_Nw&t=112s](https://www.youtube.com/watch?v=AnPr7yx1_Nw&t=112s)

Englisches Video auf YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=sivTc-AopDY&t=3s>

Türkisches Video auf Facebook: <https://www.facebook.com/939989616164959/videos/657779462234339>

Englisches Video auf Facebook: <https://www.facebook.com/939989616164959/videos/684306322568262>

nen, und dass sie eine respektvolle Anerkennung dieser Unterschiede wünschen.

## In Programm mit dem Titel „Fakten über unser Land“ wurden die Probleme der mazedonischen Minderheit in Griechenland besprochen

Die fünfte Folge der Online-Programmreihe mit dem Titel „Fakten über unser Land“ der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) wurde am 24. Februar 2022 ausgestrahlt.

Eugenia Natsoulidou, Gründungsmitglied der gemeinnützigen Organisation (NPO) „Krstev Misirkov (Bewegung zur Förderung der mazedonischen Muttersprache)“ der mazedonischen Minderheit in Griechenland war der Gast des fünften Programms. Natsoulidou beantwortete die Fragen der Moderatorin des Programms, Nihan Ayan vom ABTTF-Athener Büro zu den Problemen der mazedonischen Minderheit, die Griechenland nicht akzeptiert und nicht anerkennt.

Natsoulidou sagte, dass sich die Sprache und Kultur der mazedonischen Minderheit in Griechenland völlig von der griechischen Sprache und Kultur unterscheiden, und stellte fest, dass Griechenland innerhalb seiner Grenzen keine ethnischen Minderheiten anerkennt, denn wenn es beginnt, ethnische Minderheiten anzuerkennen, die Struktur, die auf der Annahme basiert, dass alle Griechen dem antiken Griechenland entstammen, zusammenbrechen wird. Natsoulidou fügte hinzu, dass es sehr schwierig ist, diese Wahrnehmung hierzulande zu ändern, da es keinen politischen Willen dazu gibt.

Natsoulidou betonte, dass die mazedonische Minderheit offiziell nicht anerkannt, ausgegrenzt und ihrer in der Verfassung des Landes verankerten Bürgerrechte beraubt wird, welche ihre wichtigsten Probleme darstellen, und wies darauf hin, dass wenn sie ihre mazedonische Identität zum Ausdruck bringen, die griechischen Behörden dies nicht zulassen, z.B. sie keine Vereine gründen dürfen, die lokale mazedonische Traditionen fördern, oder ihnen kein Veranstaltungsort zur Verfügung gestellt wird.



Natsoulidou gab Einblicke in das Gerichtsverfahren in Bezug auf das Haus der mazedonischen Zivilisation vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), und erklärte, dass der Antrag auf Eintragung des Vereins, den 1990 die in Florina lebenden Mazedonier gründen wollten, von den griechischen Gerichten mit der Begründung abgelehnt wurde, dass im Lande die mazedonische Ethnizität nicht existiert. Natsoulidou sagte, dass sie sich an den EGMR wandten, nachdem alle innerstaatlichen Rechtsbehelfe ausgeschöpft wurden, und fügte hinzu, dass der EGMR Griechenland in dieser Rechtssache zweimal verurteilt hat, weil es den Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention über Vereinigungsfreiheit verletzt hat.

Natsoulidou wies darauf hin, dass der Hauptzweck von „Krstev Misirkov“ darin bestehe, das Erlernen der mazedonischen Sprache zu fördern, und sagte, dass ihr Antrag auf Eintragung ihrer Organisation ins Vereinsregister des griechischen Kulturministeriums zunächst angenommen, aber später zurückgewiesen wurde. Natsoulidou fügte hinzu, dass sie beim Kulturministerium erneut die Eintragung ihrer Organisation beantragen werden, und falls sie eine weitere negative Antwort erhalten sollten, dagegen rechtliche Schritte einleiten werden.

Natsoulidou forderte die Regierung auf, die Rechte aller Minderheiten in Griechenland zu gewähren und zu schützen, und beton-

te, dass die Behauptung Griechenlands, es gebe keine ethnischen Minderheiten im Lande, falsch ist, und der Staat auf der Grundlage internationaler Verträge, die von dem Europarat und anderen internationalen Organisationen angenommen wurden, Minderheiten schützen und ihre Rechte respektieren muss.

Die komplette Aufzeichnung des Programms, das gleichzeitig live auf YouTube-Kanal und Facebook-Seite von ABTTF ausgestrahlt wurde, ist in englischer und griechischer Sprache unter den folgenden Links verfügbar:

Englisches Video auf YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=yRMRsREn4SA&t=92s>

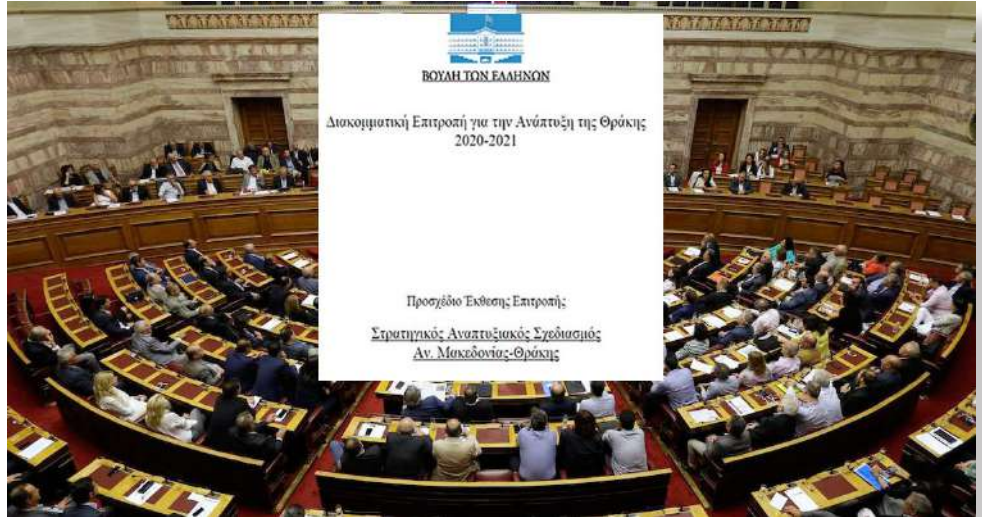
Griechisches Video auf YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=r1n6Axl4d1&t=30s>

Englisches Video auf Facebook: <https://www.facebook.com/939989616164959/videos/529074878514789>

Griechisches Video auf Facebook: <https://www.facebook.com/939989616164959/videos/258445379780642>

# Abschlussbericht des Ausschusses für die Entwicklung Thrakiens ist für die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien enttäuschend

ABTTF Präsident: „Wir lehnen den Abschlussbericht des Ausschusses, der die berechtigten Forderungen unserer Gemeinschaft nicht berücksichtigt, nur aus leeren Versprechungen statt konkreten Vorschlägen für die Entwicklung der Region besteht und eindeutig einem anderen Zweck dient, entschieden ab.“



Der Abschlussbericht des im Juli 2020 auf Vorschlag des Premierministers Griechenlands Kyriakos Mitsotakis im Parlament eingesetzten Ausschusses für die Entwicklung Thrakiens blieb hinter den Erwartungen der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien zurück. Der Abschlussbericht, der nur von den Abgeordneten der regierenden Partei Nea Dimokratia (ND) angenommen wurde, enthält nicht die Standpunkte und Forderungen der Institutionen und Organisationen, die die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien vertreten.

In dem Abschlussbericht wird behauptet, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien aus drei verschiedenen ethnischen Identitäten besteht, und Griechenland die Bestimmungen des Friedensvertrags von Lausanne und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vollständig einhält.

In dem Abschlussbericht wird die Eröffnung neuer öffentlichen Schulen in den Gebieten, in denen die Angehörigen der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien leben, empfohlen sowie die Aufnahme von Türkisch als Wahlfach in den Lehrplan an diesen Schulen. Der Absch-

lussbericht sieht auch vor, dass die religiösen Oberhäupter der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, die Muftis, von einem eingesetzten „Gremium der Repräsentant“ ausgewählt und die ausgewählten Kandidaten vom Ministerium für Bildung und religiöse Angelegenheiten Griechenlands ernannt werden.

„Wie wir bereits zum Ausdruck gebracht haben, wurde der Abschlussbericht des Ausschusses für die Entwicklung Thrakiens mit der Mentalität eines ‚trojanischen Pferdes‘ gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien erstellt, dessen Inhalt den Namen des Ausschusses nicht verdient. Der Abschlussbericht, der keine konkreten und neuen Vorschläge für die Entwicklung West-Thrakiens enthält, wiederholt die leeren Versprechungen früherer Regierungen in Bezug auf die Region, die nie eingelöst wurden. Darüber hinaus gibt es absolut kein Budget und keinen Zeitplan für die Umsetzung der im Abschlussbericht erwähnten Vorschläge und Projekte, und es gibt keinen Hinweis auf eine offizielle Behörde, die deren Umsetzung überwachen soll. Ein weiterer Punkt, der uns aufgefallen ist, ist, dass

der Abschlussbericht keine konkreten Vorschläge zum Stoppen der Emigration aus der Region aus wirtschaftlichen Gründen enthält, die eines der wichtigsten Anliegen unserer Gemeinschaft in den letzten Jahren ist, und somit der demografische Wandel zum Nachteil von unserer Gemeinschaft in der Region unterstützt wird. Andererseits zielt der Abschlussbericht nicht darauf ab, Lösungen für die seit Jahren andauernden chronischen Probleme unserer Gemeinschaft zu erzielen, sondern mit den formulierten Vorschlägen zu unseren Schulen und Muftis unsere durch bilaterale und internationale Verträge garantierte Bildungs- und Religionsautonomie endgültig zu beseitigen. Wir lehnen den Abschlussbericht des Ausschusses, der die berechtigten Forderungen unserer Gemeinschaft nicht berücksichtigt, nur aus leeren Versprechungen statt konkreten Vorschlägen für die Entwicklung der Region besteht und eindeutig einem anderen Zweck dient, entschieden ab“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

\*Foto: [www.gundemgazetesi.com](http://www.gundemgazetesi.com)

# Investitionszuschüsse, die das neue Entwicklungsgesetz vorsieht, müssen gerecht verteilt werden!

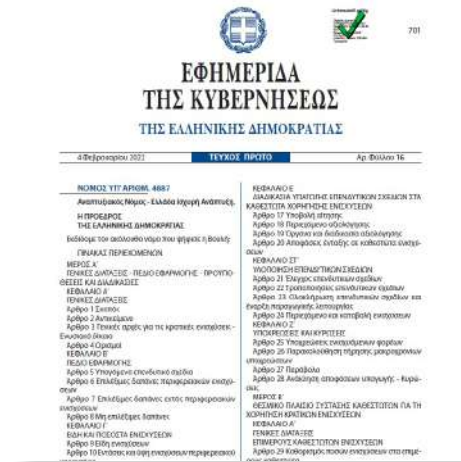
ABTTF Präsident: „Wir fordern von der Regierung, dass alle Investitions- und Entwicklungszuschüsse für West-Thrakien zwischen den Unternehmen, die der türkischen Gemeinschaft angehören, und die von der Mehrheitsbevölkerung unbedingt fair und ausgewogen verteilt werden. Wie wir als ABTTF in unseren dem parteiübergreifenden Ausschuss für die Entwicklung Thrakiens eingereichten konkreten Vorschlägen betont haben, muss die türkische Gemeinschaft bei jedem Schritt zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region berücksichtigt werden.“

Das neue Entwicklungsgesetz, das am 2. Februar 2022 vom griechischen Parlament verabschiedet wurde, sieht vor, dass die Investitionsanreize für jede Provinz in West-Thrakien unterschiedlich festgelegt werden. Anders als alle bisherigen



Entwicklungsgesetze behandelt das neue Gesetz West-Thrakien erstmals nicht als eine einheitliche Region, sondern auf der Grundlage von dortigen Provinzen.

Laut dem neuen Gesetz soll von der Regierung eine Subvention von 60% für die



Provinz Evros und 30% für die Provinzen Rodopi und Xanthi gewährt werden.

„Mit dem neuen Entwicklungsgesetz wurden erstmals in unserem Land unterschiedliche Fördersatzte für die Provinzen in West-Thrakien festgelegt. Das Gesetz sieht vor, dass die Provinz Rodopi, in der die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien die Mehrheit der Bevölkerung stellt, und die Provinz Xanthi, in der sie die fast die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, weniger Zuschüsse erhalten als die Provinz Evros. Genau an dieser Stelle fordern wir von der Regierung, dass alle Investitions- und Entwicklungszuschüsse für West-Thrakien zwischen den Unternehmen, die der türkischen Gemeinschaft angehören, und die von der Mehrheitsbevölkerung unbedingt fair und ausgewogen verteilt werden. Wie wir als ABTTF in unseren dem parteiübergreifenden Ausschuss für die Entwicklung Thrakiens eingereichten konkreten Vorschlägen betont haben, muss die türkische Gemeinschaft bei jedem Schritt zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region berücksichtigt werden. Das Gegenteil würde ein neues Beispiel für die Diskriminierung der türkischen Gemeinschaft darstellen, unter der sie seit Jahren im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben leidet, und wird es nicht ermöglichen, eine ausgewogene Entwicklung in West-Thrakien zu erreichen.“ sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

# Finanzielle Unterstützung der Europäischen Kommission für die landwirtschaftlichen Erzeuger in Griechenland

ABTTF Präsident: „Wir hoffen, dass die Regierung diesmal die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, die ihren Lebensunterhalt größtenteils von der Landwirtschaft und insbesondere der Tabakproduktion erwirtschaftet, nicht diskriminiert und die unserer Gemeinschaft angehörenden Tabakproduzenten bei der Verteilung der Zuschüsse nicht ausschließt.“

Die Europäische Kommission hat ein finanzielles Unterstützungsprogramm in Höhe von 31,5 Millionen Euro genehmigt, um bestimmte landwirtschaftliche Erzeuger in Griechenland zu unterstützen, die durch



die Covid-19-Pandemie und restriktiven Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Pandemie beeinträchtigt wurden.

Im Rahmen des Programms wird die besagte Finanzhilfe voraussichtlich bis spätestens 30. Juni 2022 in Form von direkten Zuschüssen an Feigen-, Lavendel-, Oliven-, Kartoffel-, Mandarinen- und Tabakproduzenten verteilt, mit der Voraussetzung, dass sie 290.000 Euro pro Begünstigten nicht übersteigt.

„Die Entscheidung der Europäischen Kom-

mission, finanzielle Unterstützung bereitzustellen, ist eine gute Nachricht für die landwirtschaftlichen Erzeuger in unserem Land Griechenland, die in den letzten zwei Jahren aufgrund der Covid-19-Pandemie finanziell zu kämpfen hatten. Wir hoffen, dass die Regierung diesmal die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, die ihren Lebensunterhalt größtenteils von der Landwirtschaft und insbesondere der Tabakproduktion erwirtschaftet, nicht diskriminiert und die unserer Gemeinschaft angehörenden Tabakproduzenten bei der Verteilung der Zuschüsse nicht ausschließt. Wir glauben, dass unsere Abgeordneten im Parlament sowie unsere Politiker auf lokaler und regionaler Ebene, die alle zu unserer Gemeinschaft angehören, ihren Teil zur gerechten Verteilung von Zuschüssen in West-Thrakien beitragen und diese Angelegenheit weiterverfolgen werden“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).



# Anschlag mit einem improvisierten Sprengsatz auf eine Masjid in Athen

ABTTF Präsident: „Dieser Anschlag, der sich gegen die muslimische Gemeinde in Athen mit ca. 500.000 Mitgliedern richtete, stellt eine eindeutige Bedrohung für den gesellschaftlichen Frieden dar. Die Behörden unseres Landes müssen die Ermittlungen mit großer Sorgfalt durchführen und die Täter identifizieren, damit sie vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Das ist unsere klare Forderung an unser Land!“

Vor einer Masjid in der griechischen Hauptstadt Athen ereignete sich eine Explosion. Am Sonntag, den 23. Januar 2022 gegen 3:30 Uhr morgens wurde ein improvisierter



Sprengsatz mit Schrauben und Nägeln auf ein Gebäude geworfen, das als Masjid im Patisia-Viertel im Zentrum von Athen dient.

Durch die Explosion wurden das Gebäude und die umliegenden Fahrzeuge beschädigt. Zum Glück gab es keine Toten und Verletzten. Laut der schriftlichen Erklärung der Muslimischen Vereinigung Griechenlands hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet, um die Täter zu identifizieren, weil das Ziel des Anschlags unmittelbar die Masjid war und es sich

daher um einen Terroranschlag handelt.

„Als ABTTF verurteilen wir aufs Schärfste den Terroranschlag auf eine Masjid in Athen. Dieser Anschlag, der sich gegen die muslimische Gemeinde in Athen mit ca. 500.000 Mitgliedern richtete, stellt eine eindeutige Bedrohung für den gesellschaftlichen Frieden dar. Das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden und die Justiz ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben unabdingbar. Die Behörden unseres Landes müssen die Ermittlungen mit großer Sorgfalt durchführen und die Täter identifizieren, damit sie vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Das ist unsere klare Forderung an unser Land!“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

\*Foto: [www.zougla.gr](http://www.zougla.gr)

## Auf der einen Seite die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, die ihrer Rechte stets beraubt werden, und auf der anderen Seite die griechisch-orthodoxe Minderheit, die uneingeschränkt ihre Religionsfreiheit genießt

ABTTF Präsident: „In Anbetracht der Tatsache, dass unser Land die Rechte und Freiheiten der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien stets verletzt und ihr diese wegnimmt, verlangen wir von unserem Mutterland, dass es seine toleranten Praktiken gegenüber der griechisch-orthodoxen Minderheit einzufrieren, denn wir hatten gehofft, dass unser Land diesen gemäß dem durch den Lausanner Vertrag festgelegten Gegenseitigkeitsprinzip folgen würde.“

Der griechisch-orthodoxe Patriarch Bartholomäus I. von Fener leitete den Gottesdienst in der alten Hagios-Basileios-Kirche im ehemaligen griechischen Dorf Tirilye District in Mudanya, Bursa, Türkei, die von der Gemeinde Mudanya restauriert und heute als ein Kulturzentrum dient.

Laut einem Bericht in der Zeitung Millet besuchte Bartholomäus I. nach dem Gottesdienst die für die griechisch-orthodoxe Gemeinde



sehr wichtige Kemerli-Kirche und verließ dann Mudanya, nachdem er dort gebetet hatte.

„Dank der Toleranzpolitik unseres Mutterlandes gegenüber den Minderheiten wird in restaurierten historischen Kirchen auch dort, wo es keine griechisch-orthodoxe Gemeinde gibt, der Gottesdienst abgehalten, während viele historische Moscheen aus der osmanischen Zeit in Griechenland ihrem Schicksal überlassen sind. In der zweitgrößten Stadt des Landes, Thessaloniki, leben Tausende von Muslimen, aber die Moscheen in der Stadt sind für Gottesdienste geschlossen sind. Da die griechischen Behörden der dortigen muslimischen Gemeinde nicht mal erlauben, die Eid-Gebete in den historischen Moscheen in Thessaloniki abzuhalten,

ist sie gezwungen, die Eid-Gebete draußen auf dem Bürgersteig zu verrichten. Die sogenannte neue Moschee, die in der Hauptstadt Athen, wo Hunderttausende Muslime leben, eröffnet wurde und nicht einmal in Minarett hat, kann aufgrund ihrer unzureichenden Personkapazität den Bedürfnissen nicht gerecht werden. In der Region West-Thrakien, wo die türkische Gemeinschaft lebt, werden Genehmigungen für Instandhaltung der historischen blockiert, und was die Baugenehmigung für neue Moscheen betrifft, ist die türkische Gemeinschaft mit verschiedenen Problemen konfrontiert. All diese Beispiele stellen eine Situation dar, die der von unserem Land bei jeder Gelegenheit erhobenen Behauptung 'die Wiege der Demokratie zu sein' nicht passt. In Anbetracht der Tatsache, dass unser Land die Rechte und Freiheiten der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien stets verletzt und ihr diese wegnimmt, verlangen wir von unserem Mutterland, dass es seine toleranten Praktiken gegenüber der griechisch-orthodoxen Minderheit einzufrieren, denn wir hatten gehofft, dass unser Land diesen gemäß dem durch den Lausanner Vertrag festgelegten Gegenseitigkeitsprinzip folgen würde“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

# Ein weiterer einseitiger Bericht des Ministeriums für Bildung und religiöse Angelegenheiten!

ABTTF Präsident: „Als ABTTF verfolgen wir nicht nur die internationalen Berichte, sondern auch die auf der nationalen Ebene. Wir werden für uns selbst sprechen, denn in all diesen Berichten über unsere Gemeinschaft sprechen die anderen für uns.“

Im vom Ministerium für Bildung und religiöse Angelegenheiten Griechenlands veröffentlichte Bericht mit dem Titel „Vorfälle in den Bereichen von religiöser Bedeutung in Griechenland - 2020“ werden der Status der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Religionsbereich, ihr Recht, ihre Muftis selbst zu wählen, die Funktionsweise von Mufti-Ämtern und deren Umstrukturierung sowie der Status von Moscheen in der Region ausführlich beschrieben. Der Bericht zitiert jedoch nur die offiziellen Positionen des Staates.

Unter der Überschrift „Muslimische Minderheit in Thrakien“ heißt es im Bericht, dass gemäß dem Friedensvertrag von Lausanne die Begriffe „griechisch-orthodoxe Christen in Istanbul und Muslime in Thrakien“ verwendet werden, und dass die Minderheit in (West-)Thrakien eine religiöse Minderheit ist. Im Bericht wird behauptet, dass der Status der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien in Griechenland gesetzlich geschützt ist, und ihr religiöser und kultureller Charakter in vollem Umfang respektiert wird.

In Bezug auf die Mufti-Ämter wird im Bericht aufgeführt, dass die Mufti-Ämter in den Provinzen Didymoticho, Xanthi und Rodopi den unabhängigen Generaldirektionen gleichgestellt sind, die dem Minister für Bildung und religiöse Angelegenheiten unterstellt sind, und dass die (ernannten) Muftis hochrangige Beamte sind und aus bürokratischer Sicht als Direktoren fungieren, die für 10 Jahre ernannt werden und nach dem traditionellen islamischen Recht über religiöse, administrative und gerichtliche Befugnisse verfügen. Darüber hinaus wird im Bericht auf das Präsidialdekret Nr. 52/2019 verwiesen, das einen klaren Eingriff in die



autonome Struktur der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Religionsbereich darstellt, und beschrieben, wie die drei Mufti-Ämter in West-Thrakien strukturiert sind.

Unter der Überschrift „Moscheen in Thrakien“ wird ausgeführt, dass Muslime ihre religiösen Pflichten in mehr als 260 Moscheen in der Region erfüllen können, was im vorherigen Bericht auch gesagt wurde, und dass das Ministerium für Bildung und religiöse Angelegenheiten den Forderungen nach Erhaltung und Restauration alter und dem Bau neuer Moscheen entgegenkommen ist. Im Bericht wird festgestellt, dass die Restaurierung historischer Moscheen vom Ministerium für Kultur und Sport durchgeführt wurde, und die Lizenzen und Vorschriften für Baugenehmigungen für Reparaturen oder Erweiterungen in Gotteshäusern in West-Thrakien durch ein Rundschreiben aktualisiert wurden.



Obwohl es im Bericht angegeben wird, dass Griechenland gemäß dem Lausanner Vertrag eine muslimische Minderheit anerkennt, wird unter der Überschrift „Aleviten

in Thrakien“ behauptet, dass das Alevitentum nicht zum Islam gehört. Nachdem dem Antrag des Komitees der Aleviten-Muslime in Thrakien stattgegeben wurde, können die religiösen Zeremonien und Gottesdienste vorübergehend in der Rusenler Tekke oder Seyyid Ali Sultan Tekke abgehalten werden.

Unter der Überschrift „Angriffe auf religiöse Stätten“ werden im Bericht auf die Angriffe 2020 auf den Mastanlı-Friedhof, die Alte Moschee (Komotini), die Kayalı-Moschee (Komotini) und die Serdar-Moschee (Komotini) in West-Thrakien sowie einige andere außerhalb von West-Thrakien verwiesen.

„Wenn wir den jährlich vom Ministerium für Bildung und religiöse Angelegenheiten veröffentlichten Bericht analysieren, stellen wir natürlich fest, dass die offiziellen Positionen des Staates wiederholt werde. Im Bericht wird jedoch gar nicht erwähnt, dass uns vom Staat unser Wahlrecht für die Wahl unserer Muftis und unsere Befugnisse, die Vorstände unserer Waqf-Stiftungen selbst zu bestimmen, weggenommen wurden, indem die garantierte Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Religionsbereich verletzt wurde. Als solcher ist der Bericht nichts weiter als ein Versuch, eine falsche, verzerrte und nicht den Tatsachen entsprechende Wahrnehmung zu schaffen, dass der Staat der türkischen Gemeinschaft in der Region alle Rechte und Freiheiten gewähren würde. Als ABTTF werden wir, wie wir jedes Jahr durch unseren Beitrag zum Bericht über Hassverbrechen von OSZE über die Angriffe auf unsere Gotteshäuser, Institutionen und Organisationen in unserer Region berichten, als Antwort auf diesen Bericht unsere Standpunkte zum Ausdruck bringen, wie wir es seit einigen Jahren in Griechenland auch tun, und dem Ministerium die Angriffe in unserer Region melden. Denn als ABTTF verfolgen wir nicht nur die internationalen Berichte, sondern auch die auf der nationalen Ebene. Wir werden für uns selbst sprechen, denn in all diesen Berichten über unsere Gemeinschaft sprechen die anderen für uns,“ sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

## Die Regierenden Griechenlands ignorieren weiterhin die Rechtsverletzungen, denen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien seit Jahren ausgesetzt ist

ABTTF Präsident: „Während unser Land uns im Laufe der Jahre unsere Bildungsautonomie durch einseitige Politiken und Praktiken beraubte, jedes Jahr unsere Grundschulen eine nach der anderen wegen Schülermangels schloss und unsere Forderung nach zweisprachigen Minderheitenkindergärten ignorierte, eröffnete unser Mutterland auf Wunsch der griechisch-orthodoxen Minderheit Schulen auf Gökçeada (Imbros) und sogar nur für vier SchülerInnen. Derzeit wird in den Kindergärten sowie Grund-, Mittel- und Oberschulen der griechisch-orthodoxen Minderheit in Gökçeada (Imbros) unterrichtet. Daher meine Frage: Ist es unser Land oder unser Mutterland, das seinen Verpflichtungen nachkommen muss, die sich aus dem Vertrag von Lausanne und internationalen Abkommen ergeben?“

Die Präsidentin Griechenlands, Katerina Sakellariopoulou, und der Premierminister Kyriakos Mitsotakis nahmen am 16. Januar 2022 per Videokonferenz an der orthodoxen Weihnachtsveranstaltung teil, die vom Verein der Einwohner von Gökçeada (Imbros) online organisiert wurde. Auch der griechische Außenminister Nikos Dendias sandte eine Botschaft an die Veranstaltung.

In ihrer Begrüßungsrede bei der Veranstaltung drückte die Präsidentin Sakellariopoulou ihre Hoffnung aus, dass die türkischen Behörden ihre Haltung gegenüber der griechisch-orthodoxen Minderheit in der Türkei ändern und die Bestimmungen des Vertrags von Lausanne über die nichtmuslimischen Minderheiten in Übereinstimmung mit den internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte ohne Ausnahme umsetzen würden. Sakellariopoulou fügte hinzu, dass Griechenland immer die Bemühungen unterstützen wird, den Hellenismus auf Gökçeada (Imbros) zu stärken und die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die er im Laufe der Zeit erlitten hat.

In seiner Rede sagte der Premierminister



Mitsotakis, dass die griechische Regierung den Griechen von Gökçeada (Imbros) immer zur Seite stehen wird, und forderte die Türkei auf, die Rechte der lebenden griechisch-orthodoxen Minderheit zu respektieren. Mitsotakis erklärte, dass sie auf allen internationalen Plattformen Druck auf die Türkei ausüben werden, um sie dazu zu bewegen, dass sie das respektiert, was sie unterzeichnet hat, und fügte hinzu, dass sie Ankara immer an seine offiziellen Verpflichtungen erinnern werden, da jede Diskriminierung der Griechen von Gökçeada (Imbros), die türkische Staatsbürger sind, nicht nur eine Verletzung des Vertrags von Lausanne darstellt, sondern auch der internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte.

In seiner Botschaft forderte der Außenminister Dendias die Türkei auf, den Vertrag von Lausanne vollständig umzusetzen und die Rechte der griechisch-orthodoxen Minderheit Gökçeada (Imbros), Bozcaada (Tenedos) und Istanbul in vollem Umfang zu respektieren. Dendias sagte, dass sie die Türkei weiterhin bei jeder Gelegenheit an ihre Verpflichtungen erinnern und die Ungerechtigkeiten hervorheben werden, die der Hellenismus von Gökçeada

(Imbros) erlitten hat, und forderte die Türkei auf, die internationalen und europäischen Standards für die Achtung der Rechte von Menschen und Minderheiten einzuhalten.

„Ich war äußerst überrascht, als ich die Äußerungen von Präsidentin, Premierminister und Außenminister unseres Landes Griechenland mit ähnlichem Inhalt gelesen habe. Die Regierenden unseres Landes haben wieder einmal den Tatsachen den Rücken gekehrt und eine Illusion geäußert, an die nur sie glauben. Unser Land leugnet die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien, die gemäß der durch den Lausanner Friedensvertrag von 1923 festgelegten Gegenseitigkeit die gleichen Rechte wie die griechisch-orthodoxe Minderheit in unserem Mutterland hat und betrachtet sie als eine Bedrohung und eine Gefahr. Es ist absurd, dass unser Land, das die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf unsere Vereine seit fast 14 Jahren trotz aller Ermahnungen und Aufforderungen des Ministerkomitees des Europarates noch immer nicht vollstreckte, unser Mutterland zur Einhaltung seiner Verpflichtungen aus dem Vertrag von Lausanne und internationalen Abkommen auffordert. Während unser Land uns im Laufe der Jahre unsere Bildungsautonomie durch einseitige Politiken und Praktiken beraubte, jedes Jahr unsere Grundschulen eine nach der anderen wegen Schülermangels schloss und unsere Forderung nach zweisprachigen Minderheitenkindergärten ignorierte, eröffnete unser Mutterland auf Wunsch der griechisch-orthodoxen Minderheit Schulen auf Gökçeada (Imbros) und sogar nur für vier SchülerInnen. Derzeit wird in den Kindergärten sowie Grund-, Mittel- und Oberschulen der griechisch-orthodoxen Minderheit in Gökçeada (Imbros) unterrichtet. Daher meine Frage: Ist es unser Land oder unser Mutterland, das seinen Verpflichtungen nachkommen muss, die sich aus dem Vertrag von Lausanne und internationalen Abkommen ergeben?“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

\*Foto: [www.defence-point.gr](http://www.defence-point.gr), [www.prototHEMA.gr](http://www.prototHEMA.gr), [www.gundemgazetesi.com](http://www.gundemgazetesi.com)



# Wegen Durchführung einer Kundgebung wurden Ermittlungen gegen die Türkische Union von Xanthi eingeleitet!

ABTTF Präsident: „Dass 7 Monate nach der demokratischen Kundgebung der Türkischen Union von Xanthi, die seit 39 Jahren um Gerechtigkeit kämpft, Ermittlungen eingeleitet wurden, ist eine klare Fortsetzung der Politik unseres Landes zur Einschüchterung und Unterdrückung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien. Als ABTTF werden wir die Türkische Union Xanthi bei ihrem legalen Kampf für die Rechte weiterhin unterstützen, wie wir es bisher getan haben.“

Die Staatsanwaltschaft von Xanthi leitete 7 Monate nach der Kundgebung, die am 10. Juli 2021 von der Türkischen Union von Xanthi (XTU), des ältesten und ersten Vereins der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien organisiert wurde, um gegen die Nichtvollstreckung durch Griechenland des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zugunsten des Vereins zu protestieren, Ermittlungen ein.

Im Rahmen der Ermittlungen wurde der XTU-Präsident Ozan Ahmetoğlu am Mittwoch, den 9. Februar von der griechisc-



hen Polizei in Xanthi vorgeladen, um eine Aussage über die Kundgebung zu tätigen.

„Dass 7 Monate nach der demokratischen Kundgebung der Türkischen Union von Xanthi, die seit 39 Jahren um Gerechtigkeit kämpft, Ermittlungen eingeleitet wurden, ist eine klare Fortsetzung der Politik unseres Landes zur Einschüchterung und Unterdrückung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien. Die Kundgebung, die von allen Institutionen unserer Gemeinschaft

voll unterstützt wurde und an der ich auch persönlich teilnahm und ABTTF vertrat, verlief völlig friedlich und gemäß den Rechtsvorschriften. Wie es im Ermittlungsbericht behauptet wird, dass während der Kundgebung provozierende Reden gegen unser Land gehalten und Falschmeldungen verbreitet worden seien, entsprechen absolut nicht den Tatsachen. Unser Land politisiert eine Rechtsangelegenheit, indem es seit 14 Jahren die EGMR-Urteile in Bezug auf die Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien nicht vollstreckt. Die Schlussfolgerung dieser Politik war, dass der Oberste Gerichtshof ein politisches Urteil bezüglich der Wiederherstellung der offiziellen Förmlichkeit der Türkischen Union von Xanthi fällte und somit die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit missachtete. Als ABTTF werden wir die Türkische Union Xanthi bei ihrem legalen Kampf für die Rechte weiterhin unterstützen, wie wir es bisher getan haben. Wir erinnern unser Land an ihre Verpflichtungen aus dem Völkerrecht und fordern es auf, die EGMR-Urteile in Bezug auf unsere Vereine unverzüglich zu vollstrecken“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

## ABTTF Newsletter

Der seit Mai 2005 herausgegebene ABTTF Newsletter erscheint in Türkisch, Griechisch, Englisch und Deutsch.

Der ABTTF Newsletter enthält die Themen, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien von großer Bedeutung sind, aktuelle Ereignisse in West-Thrakien und Griechenland, die Tätigkeiten und Lobbyarbeit von ABTTF auf internationaler Ebene sowie die Aktivitäten der ABTTF Mitgliedsvereine, und spielt eine bedeutende Rolle bei der Bekanntmachung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien.

Der ABTTF Newsletter wird per Post nach Hause geschickt und kann auch von unseren Mitgliedsvereinen bezogen werden.

Um den ABTTF Newsletter per Post zu erhalten und für weitere Informationen zum Newsletter:

www.abttf.org  
+49 2302 913291

## ABTTF

### Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa  
Federation of Western Thrace Turks in Europe  
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τουρκεων Δυτικής Θράκης  
Fédération des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

**ABTTF Hauptsitz**  
Wemerstr. 2, D-58454 Witten, Deutschland  
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

**ABTTF Brüsseler Büro**  
Square de Meeûs 38/40, B-1000 Brüssel, Belgien  
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Handy: +32 (0) 474 45 45 76

**ABTTF Athener Büro**  
24 Lagoumitzi str., GR-17671 Athen, Griechenland  
Tel.: +30 (0) 211 109 72 33 - Handy: +30 (0) 694 467 36 61

E-Mail: info@abttf.org - www.abttf.org

Redaktionsleiter: K. Engin Soyylmaz Editor: Merve Öztiryaki